

Schriften zum Strafrecht

---

Heft 239

**Die Zusammenarbeit  
von Generalbundesanwalt und  
Bundeskriminalamt bei dem Vorgehen  
gegen den internationalen  
Terrorismus**

Von

**Felix Graulich**



**Duncker & Humblot · Berlin**

FELIX GRAULICH

Die Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt  
und Bundeskriminalamt bei dem Vorgehen  
gegen den internationalen Terrorismus

Schriften zum Strafrecht

Heft 239

Die Zusammenarbeit  
von Generalbundesanwalt und  
Bundeskriminalamt bei dem Vorgehen  
gegen den internationalen  
Terrorismus

Von

Felix Graulich



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen  
hat diese Arbeit im Jahre 2012 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D21

Alle Rechte vorbehalten

© 2013 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin  
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin  
Printed in Germany

ISSN 0558-9126

ISBN 978-3-428-14019-0 (Print)

ISBN 978-3-428-54019-8 (E-Book)

ISBN 978-3-428-84019-9 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Diese Dissertation wurde im August 2008 begonnen und im Mai 2010 eingereicht. Die mündliche Prüfung fand im Mai 2012 statt. Die Arbeit wurde im Juni 2012 noch einmal überarbeitet und aktualisiert.

Ich möchte das Vorwort nutzen, um den Personen zu danken, ohne die die Erstellung dieser Arbeit niemals möglich gewesen wäre.

Herrn RiOLG Professor Doktor Joachim Vogel danke ich für die Möglichkeit auf einem solch spannenden Gebiet meine Doktorarbeit verfassen zu dürfen sowie für die Unterstützung bei der Abfassung dieser Dissertation und für die Verfassung des Erstgutachtens. Außerdem danke ich ihm für die Vermittlung der einmaligen Chance, ein Interview mit einem Bundesanwalt führen zu können.

Herrn Professor Doktor Hans-Jürgen Kerner gebührt der Dank für die Vermittlung eines Interviews mit dem Bundeskriminalamt und für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie für den Beistand in allen Stadien dieser Arbeit.

Ich danke Bundesanwalt Michael Bruns für das mit ihm geführte Interview im Februar 2010 und die davor und danach geführte Korrespondenz. Eine so offene und ehrliche Unterhaltung ist gerade im Bereich des Staatsschutzes nicht selbstverständlich und hat in hohem Maße zu wichtigen Erkenntnissen bei dieser Arbeit beigetragen. Daneben danke ich allen beteiligten Personen beim Bundeskriminalamt für das im Mai 2010 geführte Interview.

Außerdem danke ich Frau Juliane Malzacher für ihre tatkräftige Unterstützung und den netten Kontakt. Herauszuheben ist auch Frau Natascha Czetto mit ihrem unermüdlichen und zeitaufwendigen Einsatz gegen meine Rechtschreibungs- und Zeichensetzungsschwäche, für den ihr großer Dank gebührt. Ich danke auch Frau Anja Huss für die vielfältige Hilfe, die sie mir während der Abfassung dieser Arbeit zu Teil werden ließ. Ebenso danke ich Frau Daniela Franke für ihre Unterstützung in der letzten Phase dieser Arbeit.

Nicht zuletzt danke ich meinen Eltern, die mir durch ihre vielfältige und liebevolle Unterstützung ein sorgenfreies Studium und eine sorgenfreie Promotion ermöglicht haben und ohne die ich nicht zu dem Menschen geworden wäre, der ich heute bin.

Tübingen, im Juni 2012

*Felix Graulich*



## Inhaltsübersicht

<b>A. Einleitung</b> .....	35
I. Einführung .....	35
II. Gliederung .....	36
III. Beschränkungen .....	40
<b>B. Stellung, Funktion und Aufgaben von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt</b> .....	42
I. Der Generalbundesanwalt .....	42
II. Das Bundeskriminalamt .....	83
<b>C. Internationaler Terrorismus – Strafrechtliche Erscheinungsformen</b> ...	168
I. Definition des „Terrorismus“ .....	168
II. Definition der „Internationalität“ .....	179
III. Materiellstrafrechtliche Regelungen gegen Terrorismus .....	184
IV. Rechtstatsächliche Befunde zum internationalen Terrorismus .....	232
<b>D. Die Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei der Strafverfolgung im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus</b> .....	252
I. Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Ermittlungsverfahren .....	253
II. Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im „Vorfeld des Ermittlungsverfahrens“ .....	303
III. Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt in Randbereichen der Gefahrenabwehr bezüglich des internationalen Terrorismus .....	347
IV. Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im gerichtlichen Verfahren .....	361
V. Sonstige Bereiche der Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Bereich der Strafverfolgung hinsichtlich des internationalen Terrorismus .....	370
VI. Fazit zur Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei der Strafverfolgung im Phänomenbereich internationaler Terrorismus .....	376
<b>E. Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei der Datenverarbeitung im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus</b> .....	379
I. Überblick über Daten und Datenbanken mit Bezug zum internationalen Terrorismus .....	379

II.	Datenübermittlung im Verhältnis von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	411
III.	Besonderheiten bei der Datenübermittlung im Verhältnis von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	426
IV.	Zusammenfassung zur Zusammenarbeit von Bundeskriminalamt und Generalbundesanwalt bei der Datenverarbeitung .....	436
<b>F.</b>	<b>Informelle Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus</b> ..	439
I.	Informelle Zusammenarbeit .....	440
II.	Institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit .....	448
III.	Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) .....	450
IV.	Gemeinsames Internet-Zentrum (GIZ) .....	467
V.	Exkurs: Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration (GASIM) .....	474
VI.	Exkurs: Aufbau eines gemeinsamen Zentrums zur Überwachung der Telekommunikation im Bundesverwaltungsamt .....	481
VII.	Fazit zur institutionalisierten informellen Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	484
<b>G.</b>	<b>Rechtsschutz in Zusammenarbeitssituationen von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus</b> .....	487
I.	Gerichtlicher Rechtsschutz außerhalb der strafrechtlichen Hauptverhandlung .....	488
II.	„Rechtsschutz“ durch das Hauptverfahren .....	522
III.	Fazit zum Rechtsschutz im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus bei Zusammenarbeitssituationen von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	527
<b>H.</b>	<b>Analyse ausgewählter Zusammenarbeitsfälle von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus</b> .....	530
I.	Verfahren im Zusammenhang mit dem 11. September 2001 und die Besondere Aufgaben Organisation USA .....	531
II.	Versuchte Anschläge auf zwei Nahverkehrszüge in Köln am 31. Juli 2006 – „Kölner Kofferbomber“ .....	534
III.	Die „Sauerlandgruppe“ .....	537
IV.	Zusammenfassung .....	541
<b>I.</b>	<b>Analyse und Bewertung der gefundenen Ergebnisse zur Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei dem Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus</b> .....	543
I.	Zusammenfassung der Auswirkungen und Unterschiede durch die Sondersituation „Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung durch Bundesbehörden“ .....	543

II. Ausblick auf die zukünftigen Entwicklungen .....	555
III. Abschließendes Fazit zur Strafverfolgung im Bereich des internationalen Terrorismus .....	556
<b>Anhang 1: Interview mit Bundesanwalt Michael Bruns</b> .....	<b>559</b>
<b>Anhang 2: Interview mit dem BKA</b> .....	<b>570</b>
<b>Anhang 3: Bundeskriminalamtgesetz von 1951, 1969, 1973 und 1997</b> ....	<b>579</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>601</b>
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	<b>632</b>



## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung</b> .....	35
I. Einführung .....	35
II. Gliederung .....	36
III. Beschränkungen .....	40
<b>B. Stellung, Funktion und Aufgaben von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt</b> .....	42
I. Der Generalbundesanwalt .....	42
1. Aufgaben des Generalbundesanwalts .....	43
2. Zuständigkeit des Generalbundesanwalts in erstinstanzlichen Verfahren .....	43
a) Erstinstanzliche Zuständigkeit des Bundesgerichtshofs in Staatsschutzstrafsachen .....	44
b) Einführung eines zweiten Rechtszugs in Staatsschutz- strafsachen .....	45
3. Erstinstanzliche Zuständigkeiten der Oberlandesgerichte .....	46
a) Grundsätzliche Zuständigkeit der Oberlandesgerichte .....	48
aa) Zuständigkeit gemäß § 120 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 5 und Nr. 7 GVG .....	48
bb) Zuständigkeit im Bereich des Völkerstrafrechts, § 120 Abs. 1 Nr. 8 GVG .....	48
cc) Zuständigkeit hinsichtlich (ausländischer) terroristischer Vereinigungen, § 120 Abs. 1 Nr. 6 GVG .....	50
b) Evokative Zuständigkeiten der Oberlandesgerichte .....	51
aa) Voraussetzung des Evokationsrechts des Generalbundes- anwalts .....	52
bb) § 120 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 GVG .....	53
(1) Zuständigkeiten für Straftaten nach dem Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsge- fährdenden Gewalttaten .....	54
(2) Zuständigkeiten für (ausländische) kriminelle Vereinigungen .....	55
cc) § 120 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 GVG .....	55
dd) § 120 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 GVG .....	56
ee) § 120 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 GVG .....	60
c) § 120 GVG und die Zuständigkeit bei „Zusammenhangstaten“ .....	61
d) Fazit zur erstinstanzlichen Zuständigkeit des Bundes bei der Strafverfolgung .....	62

4. Die Stellung des Generalbundesanwalts . . . . .	63
a) Die verfassungsrechtliche Einordnung der Staatsanwaltschaft und speziell des Generalbundesanwalts . . . . .	63
b) Ernennung des Generalbundesanwalts . . . . .	65
c) Weisungsgebundenheit . . . . .	65
d) Der Generalbundesanwalt als „politischer Beamter“ . . . . .	66
5. Ausstattung und Organisation der Generalbundesanwaltschaft . . . . .	68
a) Die Generalbundesanwaltschaft als Behörde . . . . .	69
b) Aufbau der Generalbundesanwaltschaft . . . . .	70
c) Hauptsitz und Dienststellen . . . . .	70
d) Personelle Ausstattung . . . . .	71
e) Technische Ausstattung . . . . .	72
f) Übersicht über die bisherigen Generalbundesanwälte . . . . .	73
6. Kompetenzen des Generalbundesanwalts . . . . .	73
a) Strafprozessuale Kompetenzen . . . . .	74
b) Ermittlungspersonen des Generalbundesanwalts . . . . .	77
c) Datenzugriffsrechte . . . . .	78
aa) Bei den Staatsanwaltschaften . . . . .	78
bb) Bei sonstigen repressiv-tätigen Behörden . . . . .	79
cc) Bei den präventiv tätigen Behörden . . . . .	80
dd) Zugriff auf „Mischdateien“ . . . . .	80
d) Fazit zu den Kompetenzen und Datenzugriffsmöglichkeiten des GBA . . . . .	81
7. Zusammenfassende Schlussbetrachtung zum Generalbundesanwalt . . . . .	82
II. Das Bundeskriminalamt . . . . .	83
1. Weitere Polizeibehörden des Bundes . . . . .	83
a) Die Bundespolizei . . . . .	84
b) Das Zollkriminalamt . . . . .	89
2. Geschichte des Bundeskriminalamts . . . . .	92
a) Vor der Gründung des Bundeskriminalamtes . . . . .	93
b) Verfassungsrechtliche Grundlagen des Bundeskriminalamtes . . . . .	95
c) Die Gründung des Bundeskriminalamtes . . . . .	97
d) Erste Änderung des Bundeskriminalamtsgesetzes, 1969 . . . . .	99
e) Zweite Änderung des Bundeskriminalamtsgesetzes, 1973 . . . . .	100
f) Dritte Änderung des Bundeskriminalamtsgesetzes, 1997 . . . . .	102
g) Vierte und fünfte Änderung des Bundeskriminalamtsgesetzes, 2002 und 2003 . . . . .	103
h) Sechste Änderung des Bundeskriminalamtsgesetzes, 2009 . . . . .	104
3. Aufgaben des Bundeskriminalamts . . . . .	105
a) Zentralstellenfunktion des Bundeskriminalamts . . . . .	106
aa) Verfassungsrechtliche Grundlagen der Zentralstellen- funktion . . . . .	107
bb) Polizeiliches Informationssystem . . . . .	109

cc)	Antiterrordateien	110
dd)	Sonstige Zentralstellenfunktionen des Bundeskriminalamts	112
ee)	Exekutivbefugnisse des Bundeskriminalamts in seiner Funktion als Zentralstelle	113
	(1) Originäre Datenerhebungscompetenz, § 7 Abs. 2 BKAG	114
	(a) § 7 Abs. 2 BKAG in der Fassung von 1997	114
	(b) § 7 Abs. 2 BKAG in der Fassung von 2002	117
	(2) Rasterfahndung	119
	(3) Fazit zu den Exekutivbefugnissen des Bundeskriminalamts	123
b)	Strafverfolgungsfunktion des Bundeskriminalamts	123
aa)	Verfassungsrechtliche Grundlagen der Strafverfolgungsfunktion des Bundeskriminalamts	124
bb)	Entwicklung der Abteilung „Sicherungsgruppe“ und der Abteilung „Staatsschutz“	126
cc)	Originäre Ermittlungskompetenzen, § 4 Abs. 1 BKAG	129
	(1) Waffen, Sprengstoffe, Betäubungsmittel und Falschgeld, § 4 Abs. 1 Nr. 1 BKAG	129
	(2) „Politische Attentate“, § 4 Abs. 1 Nr. 2 BKAG und „Staatsterrorismus“, § 4 Abs. 1 Nr. 3 b) BKAG	130
	(3) „Cyber-Terrorismus“, § 4 Abs. 1 Nr. 5 BKAG	131
	(4) Internationaler Terrorismus, § 4 Abs. 1 Nr. 3 a) BKAG und § 4 Abs. 1 Nr. 4 BKAG	132
	(5) Zusammenhangstaten und § 4 Abs. 1 Nr. 1, 3 b) und Nr. 4 BKAG	134
	(6) Fazit zur originären Zuständigkeit im Bereich des internationalen Terrorismus	135
dd)	Auftragszuständigkeiten, § 4 Abs. 2 BKAG	136
	(1) Ersuchen einer Landesbehörde, § 4 Abs. 2 Nr. 1 BKAG	137
	(2) Anordnung des Bundesinnenministers, § 4 Abs. 2 Nr. 2 BKAG	137
	(3) Ersuchen oder Auftrag des GBA, § 4 Abs. 2 Nr. 3 BKAG	139
ee)	Kompetenzen des BKA in seiner Strafverfolgungsfunktion	139
c)	Gefahrenabwehrfunktion des Bundeskriminalamts	142
aa)	Bisherige Gefahrenabwehrfunktionen des Bundeskriminalamts – Schutzaufgaben	142
bb)	Gefahrenabwehrfunktion hinsichtlich des internationalen Terrorismus	145
	(1) Gesetzgebungsgeschichte und verfassungsrechtliche Grundlagen	145
	(2) Inhaltliche Neuerung durch das Bundeskriminalamtsgesetz von 2008	148

(3)	Voraussetzungen der Zuständigkeit des Bundeskriminalamts im Bereich der Terrorismusgefahrenabwehr	149
(4)	Befugnis des Bundeskriminalamts zur Straftatverhütung im Bereich des internationalen Terrorismus	151
(5)	Kompetenzen des Bundeskriminalamts bei der Gefahrenabwehr hinsichtlich des internationalen Terrorismus	153
(6)	Fazit	155
4.	Aufbau und innere Struktur des Bundeskriminalamts	156
a)	Grundsätzliches	156
b)	Stellung des Präsidenten des Bundeskriminalamts	157
c)	Übersicht über die bisherigen Präsidenten des Bundeskriminalamts	159
5.	Ausstattung des Bundeskriminalamts	159
a)	Räumliche Ausstattung und Entwicklung des Bundeskriminalamts	159
b)	Die Abteilung „Sicherungsgruppe“ des Bundeskriminalamts	160
c)	Die Abteilung „Staatschutz“ des Bundeskriminalamts	161
aa)	Gruppe ST 3 „Politisch motivierte Ausländerkriminalität/ Internationaler Terrorismus“	162
bb)	Anbindung an das Gemeinsame Terrorismus Abwehrzentrum	163
d)	Personelle Ausstattung des Bundeskriminalamts	163
e)	Sachliche Ausstattung des Bundeskriminalamts	164
6.	Zusammenfassende Schlussbetrachtung zum Bundeskriminalamt	166
<b>C.</b>	<b>Internationaler Terrorismus – Strafrechtliche Erscheinungsformen</b>	168
I.	Definition des „Terrorismus“	168
1.	Geschichtliche Wurzeln	168
2.	Probleme der Definitionsfindung	169
3.	Definition der Vereinten Nationen	170
4.	Definition der Europäischen Union	172
5.	Definitionen im deutschen Recht	174
a)	Definition in § 129a Abs. 2 StGB	175
b)	Definition in § 4a Abs. 1 S. 2 BKAG	176
c)	Bewertung der Definitionen in § 129a Abs. 2 StGB und § 4a Abs. 1 S. 2 BKAG	176
II.	Definition der „Internationalität“	179
1.	Geschichtliche Strömungen des Terrorismus	179
2.	Internationalität im deutschen Recht	181
3.	Internationale terroristische Vereinigungen in Deutschland	182
III.	Materiellstrafrechtliche Regelungen gegen Terrorismus	184
1.	Probleme bei der Pönalisierung terroristischer Handlungen	184
2.	Strafbarkeit von Vorbereitungshandlungen	186

3. Vereinigungsdelikte, § 129 bis § 129b StGB .....	188
a) Geschichtliche Vorläufer der Vereinigungsdelikte .....	188
b) Rechtsgut der Vereinigungsdelikte .....	190
aa) Grundsätzliche Meinungen .....	190
bb) Auswirkungen der Änderung des § 129a StGB und Einfügung des § 129b StGB .....	191
c) Bildung krimineller Vereinigungen, § 129 StGB .....	193
aa) Entstehungsgeschichte .....	193
bb) Tatbestand .....	194
cc) Zuständigkeit von GBA und BKA bezüglich § 129 StGB ..	195
d) Bildung terroristischer Vereinigungen, § 129a StGB .....	197
aa) Entstehungsgeschichte .....	198
bb) Tatbestand .....	199
cc) Zuständigkeit von GBA und BKA bezüglich § 129a StGB	202
e) Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland, § 129b StGB .....	203
aa) Entstehungsgeschichte .....	204
bb) Tatbestand .....	204
cc) Zuständigkeit von GBA und BKA bezüglich § 129b StGB	205
f) Fazit zu den Vereinigungsdelikten .....	206
4. Spezielles „Terrorstrafrecht“, §§ 89a, 89b und 91 StGB .....	206
a) Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, § 89a StGB .....	209
aa) Allgemeines .....	209
bb) Tatbestand .....	210
cc) Zuständigkeit von GBA und BKA bezüglich § 89a StGB ..	212
b) Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, § 89b StGB .....	212
aa) Tatbestand .....	212
bb) Zuständigkeit von GBA und BKA bezüglich § 89b StGB ..	213
c) Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, § 91 StGB .....	214
aa) Tatbestand .....	214
bb) Zuständigkeit von GBA und BKA bezüglich § 91 StGB ..	214
d) Fazit zum „Terrorstrafrecht“, §§ 89a, 89b und 91 StGB .....	215
5. Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung .....	217
a) Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermö- genswerte, § 261 StGB .....	220
aa) Tatbestand .....	220
bb) Zuständigkeiten von GBA und BKA bezüglich § 261 StGB .....	221
b) Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, § 89a Abs. 2 Nr. 4 StGB .....	222

aa) Tatbestand .....	223
bb) Zuständigkeit von GBA und BKA bezüglich § 89a Abs. 2 Nr. 4 StGB .....	223
c) Das Bundeskriminalamt als Zentralstelle für Verdachts- anzeigen (FIU) .....	224
6. Nichtanzeige geplanter Straftaten, § 138 StGB .....	225
a) Tatbestand .....	225
b) Zuständigkeit von BKA und GBA bezüglich § 138 StGB .....	227
7. Andere Straftaten mit terroristischem Bezug .....	227
a) Vollendete Straftaten .....	227
b) Straftaten mit terroristischem Bezug in Verbindung mit § 30 StGB .....	228
8. Geplantes („Terror“-)Strafrecht .....	229
a) Allgemeine Strömungen .....	229
b) Geplante Wiedereinführung der Strafbarkeit der Sympathie- werbung in § 129a StGB .....	230
9. Zusammenfassung zur Zuständigkeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im materiellen Strafrecht .....	231
IV. Rechtstatsächliche Befunde zum internationalen Terrorismus .....	232
1. Datendefizit im Bereich des internationalen Terrorismus .....	232
2. Statistische Bedeutung des internationalen Terrorismus für den Generalbundesanwalt .....	233
3. Statistische Bedeutung des internationalen Terrorismus für das Bundeskriminalamt .....	235
4. Statistische Bedeutung der wichtigsten materiell-strafrechtlichen Regelungen gegen Terrorismus .....	236
a) § 138 und § 261 StGB .....	236
b) §§ 89a, 89b und § 91 StGB .....	236
c) §§ 129, 129a und § 129b StGB .....	237
aa) Informationsquellen und damit zusammenhängende Probleme .....	237
bb) Besonderheiten der Strafverfolgungsstatistik und der Antworten auf die Kleinen Anfragen .....	238
cc) Daten zu §§ 129, 129a und § 129b StGB .....	239
dd) Bewertung der Ergebnisse .....	243
5. Zusammenfassung der rechtstatsächlichen Befunde .....	244
a) Die §§ 129 ff. StGB und der internationale Terrorismus .....	245
b) Divergenz zwischen der Anzahl eingeleiteter Ermittlungs- verfahren, Aburteilungen und Verurteilungen bei den §§ 129 ff. StGB .....	245
c) Fazit .....	250

<b>D. Die Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei der Strafverfolgung im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus</b> .....	252
I. Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Ermittlungsverfahren .....	253
1. Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Polizei auf Landesebene .....	254
a) De lege .....	254
b) De facto .....	258
2. Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Ermittlungsverfahren .....	263
a) Grundsätze der Zusammenarbeit .....	264
b) Rechtlich vorgesehene Formen der Zusammenarbeit im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus .....	266
aa) Tätigwerden des Bundeskriminalamts im Auftrag des Generalbundesanwalts .....	267
(1) Grundsätzliches .....	267
(2) „Beauftragung“ des BKA durch den GBA bei bereits originärer Zuständigkeit des BKA .....	269
bb) Gleichzeitige originäre Tätigkeiten von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	269
cc) Tätigwerden des Generalbundesanwalts nach „Beantragung“ durch das Bundeskriminalamt .....	270
dd) Abgabe durch Landesbehörden .....	271
c) Tatsächliche Formen der Zusammenarbeit im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus .....	273
d) Ausgestaltung der Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Ermittlungsverfahren .....	275
aa) Auswahlkriterien des Generalbundesanwalts hinsichtlich der Ermittlungspersonen .....	275
bb) Ausgestaltung eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts unter Beteiligung des Bundeskriminalamts ..	278
e) Historische Entwicklung der Zusammenarbeit im Ermittlungsverfahren .....	282
aa) Rechtliche Ausgestaltung der Zusammenarbeit bei Gründung der BRD .....	282
bb) Tatsächliche Ausgestaltung der Zusammenarbeit bis zum Jahr 1969 .....	283
cc) Zusammenarbeit von Bundeskriminalamt und Generalbundesanwalt am Beispiel der Spiegel-Affäre von 1962 ...	285
dd) Rechtliche und tatsächliche Ausgestaltung der Zusammenarbeit von 1969 bis heute .....	285
3. Differenzen bei der Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	286

a)	Verfassungsrechtliche Vorgaben zur Beziehung von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	287
b)	Negative und positive Kompetenzkonflikte im Verhältnis von Generalbundesanwalt zum Bundeskriminalamt .....	288
c)	Differenzen bei der Bewertung von Tatbestandsmerkmalen durch Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	291
aa)	Rechtliche Bewertung eines von der Landespolizei eingeleiteten Ermittlungsverfahrens .....	293
bb)	Rechtliche Bewertung eines vom Bundeskriminalamt eingeleiteten Ermittlungsverfahrens .....	294
d)	Bedeutung der Aufsichtsbehörden für die Zusammenarbeit zwischen Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	296
4.	Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Ermittlungsverfahren im Ausland .....	299
5.	Zusammenfassung zur Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Ermittlungsverfahren .....	301
II.	Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im „Vorfeld des Ermittlungsverfahrens“ .....	303
1.	Spielarten präventiver und repressiver Tätigkeit .....	305
2.	Verfahrensstadien im Vorfeld des Ermittlungsverfahrens .....	307
a)	Der Beginn des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens .....	308
b)	Vorermittlungsverfahren .....	309
aa)	Zulässigkeit von Vorermittlungen .....	310
bb)	Zulässigkeit von Grundrechtseingriffen im Vorermittlungsverfahren .....	312
c)	Vorfeld- bzw. Initiativermittlungsverfahren .....	314
d)	Strukturverfahren .....	316
e)	Zusammenfassung zu Ermittlungen im Vorfeld .....	319
3.	Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Vorfeld internationaler terroristischer Straftaten .....	320
a)	Vorermittlungen von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	320
aa)	Rechtliche Grundlagen der Vorfeldaktivitäten von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	320
bb)	Verfassungsrechtliche Besonderheiten bei Vorermittlungen durch Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt .....	323
cc)	Zusammenarbeitssituationen und Kompetenzen von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei Vorermittlungen .....	326
dd)	Normierte Ermittlungen im Vorfeld – Gesetzentwurf zu § 7a BKAG in der geplanten Fassung von 12.10.2001: Vorermittlungs- oder Vorfeldermittlungskompetenz? .....	329
b)	Vorgehen des Bundeskriminalamts im Vorfeld am Beispiel eines Falls von nationalem Terrorismus .....	331
aa)	Die Webseite des Bundeskriminalamts als Ausgangspunkt strafrechtlicher Ermittlungen .....	331

bb)	Rechtsnatur von IP-Adressen . . . . .	332
cc)	Bewertung der Vorgehensweise des Bundeskriminalamtes hinsichtlich der Nutzung der Webseite . . . . .	334
c)	Begleitende ARP-Vorgänge beim Generalbundesanwalt . . . . .	335
d)	Strukturverfahren von Generalbundesanwalt und Bundes- kriminalamt im Phänomenbereich internationaler Terrorismus . . . . .	337
aa)	Ausgewählte Beispiele für Strukturverfahren . . . . .	338
bb)	Vorgehensweise von Generalbundesanwalt und Bundes- kriminalamt bei der Führung vom Strukturverfahren . . . . .	339
cc)	„Strukturverfahren“ des Bundeskriminalamts . . . . .	343
e)	Zusammenfassung zur Tätigkeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Vorfeld des Ermittlungsverfahrens . . . . .	345
III.	Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt in Randbereichen der Gefahrenabwehr bezüglich des internationalen Terrorismus . . . . .	347
1.	Kompetenzkonflikte im Verhältnis der Strafverfolgung durch den Generalbundesanwalt zur Gefahrenabwehr durch das Bundes- kriminalamt im Bereich des internationalen Terrorismus . . . . .	347
a)	Verfahrensherrschaft in Gemengelagen im Allgemeinen . . . . .	349
b)	Verfahrensherrschaft in Gemengelagen im Verhältnis von Generalbundesanwalt zu Bundeskriminalamt bei dem Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus . . . . .	350
c)	Abgrenzung von Handeln im Vorfeld des § 129a StGB zur Straftatverhütung von Taten aus § 129a StGB . . . . .	354
aa)	Begriff der Straftatverhütung im Allgemeinen . . . . .	354
bb)	Verfassungsrechtliche Grundlagen der Straftatverhütungs- aufgabe . . . . .	355
cc)	Straftatverhütung im Sinne der Gefahrenabwehrfunktion des Bundeskriminalamts . . . . .	356
dd)	Vor- und Strukturermittlungen in Abgrenzung zur Straftat- verhütung . . . . .	358
2.	Zusammenfassung zur Abgrenzung der gefahrenabwehrenden Funktion des Bundeskriminalamts zur strafverfolgenden Funktion des Generalbundesanwalts . . . . .	359
IV.	Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im gerichtlichen Verfahren . . . . .	361
1.	Vorbereitung der Hauptverfahrens . . . . .	362
2.	Das Bundeskriminalamt als „Beweismittel“ . . . . .	363
3.	Das Bundeskriminalamt als Gehilfe der Prozessbeteiligten . . . . .	364
a)	Ermittlungen des Bundeskriminalamts während der Haupt- verhandlung . . . . .	364
b)	Führung von Verhören durch das Bundeskriminalamt während der Hauptverhandlung . . . . .	366
c)	Das Bundeskriminalamt als Prozessbeobachter . . . . .	368

4. Zusammenfassung der Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Hauptverfahren . . . . .	369
V. Sonstige Bereiche der Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Bereich der Strafverfolgung hinsichtlich des internationalen Terrorismus . . . . .	370
1. Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei der Strafvollstreckung im Bereich internationaler Terrorismus . . . . .	370
2. Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des internationalen Terrorismus . . . . .	372
VI. Fazit zur Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei der Strafverfolgung im Phänomenbereich internationaler Terrorismus . . . . .	376
<b>E. Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei der Datenverarbeitung im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus . . . . .</b>	<b>379</b>
I. Überblick über Daten und Datenbanken mit Bezug zum internationalen Terrorismus . . . . .	379
1. Staatsanwaltliche (Ermittlungs-)Akten . . . . .	380
2. Länderübergreifendes staatsanwaltliches Verfahrensregister . . . . .	381
3. Bundeszentralregister und Erziehungsregister . . . . .	383
4. Polizeiliches Informationssystem – INPOL . . . . .	385
a) INPOL-alt . . . . .	385
b) INPOL-neu . . . . .	388
c) Rechtsgrundlagen und Zugriffsrechte für INPOL . . . . .	390
5. Antiterrordateien . . . . .	392
a) Allgemeine Antiterrordateien . . . . .	392
b) Standardisierte zentrale Antiterrordatei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder . . . . .	394
aa) Allgemeines zur Antiterrordatei . . . . .	394
bb) Erfasster Personenkreis der Antiterrordatei . . . . .	395
cc) Inhalt der in der Antiterrordatei gespeicherten Daten . . . . .	397
dd) Zugriff von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt auf die Antiterrordatei . . . . .	398
ee) Datenzweckumwandlung nach der Antiterrordatei . . . . .	398
ff) Kontrolle und Protokollierung . . . . .	399
gg) Fazit . . . . .	400
6. Exkurs: Trennungsgebot . . . . .	401
a) Verfassungsrechtliche Stellung des Trennungsgebots . . . . .	402
b) Inhalt des Trennungsgebotes . . . . .	404
7. Sonstige Datenbanken und Dateien mit Bezug zum internationalen Terrorismus . . . . .	407
8. Praktische Bedeutung der Datenbanken für die Tätigkeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Bereich des internationalen Terrorismus . . . . .	410

II. Datenübermittlung im Verhältnis von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt. . . . .	411
1. Datenübermittlung im Verhältnis des Generalbundesanwalts zu anderen von ihm geführten Verfahren beziehungsweise zu anderen Staatsanwaltschaften. . . . .	413
2. Datenübermittlung im Verhältnis von Generalbundesanwalt zum Bundeskriminalamt als Strafverfolgungsbehörde . . . . .	413
a) Grundsatz. . . . .	413
b) Datenübermittlung von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei Tätigwerden des Bundeskriminalamts für den Generalbundesanwalt . . . . .	414
3. Datenübermittlung im Verhältnis von Generalbundesanwalt zum Bundeskriminalamt als Gefahrenabwehrstelle im Bereich des internationalen Terrorismus . . . . .	415
a) Verwendung von durch das Bundeskriminalamt auf gefahrenabwehrrechtlicher Grundlage erlangten Informationen durch den Generalbundesanwalt . . . . .	415
b) Übermittlung von Informationen aus Online-Durchsuchung, optischer Wohnraumüberwachung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung . . . . .	417
c) Verwendung von Informationen als Spurenansatz . . . . .	418
d) Verwendung von Informationen des Generalbundesanwalts durch das Bundeskriminalamt zur Gefahrenabwehr im Bereich des internationalen Terrorismus . . . . .	419
4. Datenübermittlung im Verhältnis von Generalbundesanwalt zum Bundeskriminalamt als Zentralstelle . . . . .	420
5. Sonstige Fälle der Datenübermittlung betreffend Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt . . . . .	422
a) Datenübermittlung innerhalb des Bundeskriminalamts. . . . .	422
b) Daten aus der Antiterrodatei . . . . .	423
c) Nutzung von Daten aus technischen Mitteln zur Eigensicherung des Bundeskriminalamts durch den Generalbundesanwalt . . . . .	423
d) Nutzung von Daten zur Strafverfolgungsvorsorge . . . . .	424
6. Zusammenfassung zur Datenübermittlung im Hinblick auf Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt . . . . .	425
III. Besonderheiten bei der Datenübermittlung im Verhältnis von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt. . . . .	426
1. Herrschaft über die beim Bundeskriminalamt als Zentralstelle gespeicherten Dateien . . . . .	426
2. Verwendung und Verwertung rechtswidrig erhobener Daten. . . . .	428
a) Verwertungsverbote. . . . .	429
b) Verwertungsverbote im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren . . . . .	431
c) Verwendungsverbote im Verhältnis von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt . . . . .	431
d) Evolution von Daten . . . . .	433

3. Selektiver Datentransfer . . . . .	434
4. Probleme der elektronischen Datenverarbeitung in der Praxis bei der Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundes- kriminalamt . . . . .	435
IV. Zusammenfassung zur Zusammenarbeit von Bundeskriminalamt und Generalbundesanwalt bei der Datenverarbeitung . . . . .	436
<b>F. Informelle Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundes- kriminalamt im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus . . . . .</b>	<b>439</b>
I. Informelle Zusammenarbeit . . . . .	440
1. Informelle Zusammenarbeit bis zum Jahr 1990 . . . . .	440
2. Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) . . . . .	441
3. Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechts- extremistischer/terroristischer insbesondere fremdenfeindlicher Akte (IGR) . . . . .	442
4. Koordinierungsgruppe Internationaler Terrorismus (KGIntTE) . . . . .	443
5. Die Informationsboards . . . . .	444
6. Besondere Aufgaben Organisation USA (BAO-USA) . . . . .	445
7. Exkurs: Informelle Zusammenarbeit auf Bundesländerebene . . . . .	447
II. Institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit . . . . .	448
III. Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) . . . . .	450
1. Zweck und Struktur . . . . .	451
2. Arbeitsgruppen . . . . .	452
3. Personalstruktur und räumliche Gliederung . . . . .	456
4. Beteiligung des Generalbundesanwalts . . . . .	457
5. Problembereiche und Kritikpunkte . . . . .	458
a) Trennungsgebot . . . . .	458
b) Verbotene Mischverwaltung . . . . .	459
c) Behördenstatus . . . . .	459
d) Weisungsbefugnis . . . . .	461
e) Operative Tätigkeit . . . . .	462
f) Eigene Dateien . . . . .	463
g) Statistik . . . . .	464
h) Persönlicher Kontakt der Mitarbeiter . . . . .	464
6. Fazit zum GTAZ . . . . .	466
IV. Gemeinsames Internet-Zentrum (GIZ) . . . . .	467
1. Vorbild: Zentralstelle für anlassunabhängige Recherchen in Datennetzen (ZaRD) . . . . .	467
2. Gemeinsames Internet-Zentrum (GIZ) . . . . .	468
3. Rechtliche Grundlagen der Tätigkeiten im GIZ . . . . .	471
V. Exkurs: Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration (GASIM) . . . . .	474
1. Informelle Zusammenarbeit im Bereich des Ausländer- und Asylrechts . . . . .	475

2. Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration (GASIM) . . . . .	476
3. Kritik und Bedenken hinsichtlich des GASIM . . . . .	478
VI. Exkurs: Aufbau eines gemeinsamen Zentrums zur Überwachung der Telekommunikation im Bundesverwaltungsamt . . . . .	481
VII. Fazit zur institutionalisierten informellen Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt . . . . .	484
<b>G. Rechtsschutz in Zusammenarbeitssituationen von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus . . . . .</b>	<b>487</b>
I. Gerichtlicher Rechtsschutz außerhalb der strafrechtlichen Hauptverhandlung . . . . .	488
1. Ausgestaltung des Rechtsschutzes im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren . . . . .	488
a) Rechtsschutz gegen das Ermittlungsverfahren an sich . . . . .	489
aa) Grundsatz . . . . .	489
bb) Ausnahmen . . . . .	491
cc) Exkurs: Aufsichtsbeschwerde . . . . .	493
b) Rechtsschutz gegen strafprozessuale Zwangsmaßnahmen . . . . .	494
c) Besonderheiten des Rechtsschutzes gegen heimliche Maßnahmen und Maßnahmen im Vorfeld des strafprozessualen Tatverdachts . . . . .	499
aa) Ausgestaltung des Rechtsschutzes für heimliche Zwangsmaßnahmen . . . . .	499
bb) Folgerung für den Rechtsschutz bei Maßnahmen im Vorfeld . . . . .	501
d) Zuständigkeiten im Bereich des Rechtsschutzes gegen Maßnahmen von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Ermittlungsverfahren . . . . .	504
aa) Gründe für die Einführung des § 169 StPO . . . . .	505
bb) Der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof . . . . .	506
cc) Aufgaben des Ermittlungsrichters am Bundesgerichtshof nach § 169 StPO . . . . .	507
dd) Beschränkte Beschwerdemöglichkeiten beim Bundesgerichtshof . . . . .	509
e) Zusammenfassung der Besonderheiten beim Rechtsschutz in Zusammenarbeitssituationen von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt . . . . .	512
2. Rechtsschutz im Rahmen gefahrenabwehrrechtlicher Maßnahmen des Bundeskriminalamts gegen den internationalen Terrorismus . . . . .	514
3. Rechtsschutz im Rahmen der Datenverarbeitung bei der Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Bereich des internationalen Terrorismus . . . . .	519
II. „Rechtsschutz“ durch das Hauptverfahren . . . . .	522

1. Besonderheiten bei Hauptverfahren im Bereich des internationalen Terrorismus . . . . .	522
2. Exkurs: Rechte der Verteidigung in vom Generalbundesanwalt geführten Strafverfahren . . . . .	524
III. Fazit zum Rechtsschutz im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus bei Zusammenarbeitssituationen von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt . . . . .	527
<b>H. Analyse ausgewählter Zusammenarbeitsfälle von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt im Phänomenbereich des internationalen Terrorismus . . . . .</b>	<b>530</b>
I. Verfahren im Zusammenhang mit dem 11. September 2001 und die Besondere Aufgaben Organisation USA . . . . .	531
II. Versuchte Anschläge auf zwei Nahverkehrszüge in Köln am 31. Juli 2006 – „Kölner Kofferbomber“ . . . . .	534
III. Die „Sauerlandgruppe“ . . . . .	537
IV. Zusammenfassung . . . . .	541
<b>I. Analyse und Bewertung der gefundenen Ergebnisse zur Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt bei dem Vorgehen gegen den internationalen Terrorismus . . . . .</b>	<b>543</b>
I. Zusammenfassung der Auswirkungen und Unterschiede durch die Sondersituation „Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung durch Bundesbehörden“ . . . . .	543
1. Grundlegendes zur Zusammenarbeit von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt . . . . .	543
2. Auswirkungen und Gründe der Sonderstellung von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt . . . . .	545
3. Spezifische Probleme der Zusammenarbeitssituation von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt und erste Lösungsansätze . . . . .	549
4. Probleme des Vorgehens gegen den internationalen Terrorismus und erste Lösungsansätze . . . . .	553
II. Ausblick auf die zukünftigen Entwicklungen . . . . .	555
III. Abschließendes Fazit zur Strafverfolgung im Bereich des internationalen Terrorismus . . . . .	556
<b>Anhang 1: Interview mit Bundesanwalt Michael Bruns . . . . .</b>	<b>559</b>
<b>Anhang 2: Interview mit dem BKA . . . . .</b>	<b>570</b>
<b>Anhang 3: Bundeskriminalamtsgesetz von 1951, 1969, 1973 und 1997 . . . . .</b>	<b>579</b>
BKAG in der Fassung von 1951 . . . . .	579
BKAG in der Fassung von 1969 . . . . .	581
BKAG in der Fassung von 1973 . . . . .	583
BKAG in der Fassung von 1997 . . . . .	586
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>601</b>
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>632</b>

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
a. E.	am Ende
AE-EV	Alternativ-Entwurf Reform des Ermittlungsverfahrens
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AG-Kripo	Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landeskriminalämter mit dem Bundeskriminalamt
ai	Amnesty international
ak	Analyse & Kritik (Zeitschrift)
AK	Reihe Alternativkommentare
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
APIS	PIOS Datei Innere Sicherheit
APLV	PIOS Datei Landesverrat
APOK	PIOS Datei Organisierte Kriminalität
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte (Zeitschrift)
Art.	Artikel
ATD	Antiterrordatei
ATDG	Gesetz zur Errichtung einer standardisierten zentralen Antiterrordatei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AZRG	Ausländerzentralregistergesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BAO	Besondere Aufgaben Organisation
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz
BDG	Bundesdisziplinargesetz
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz

BeamStG	Beamtenstatusgesetz
BfDI	Bundesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit
BfJ	Bundesamt für Justiz
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I
BGBI. II	Bundesgesetzblatt Teil II
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGS	Bundesgrenzschutz
BGSG	Bundesgrenzschutzgesetz
BKA	Bundeskriminalamt
BKAG	Bundeskriminalamtsgesetz
BMI	Bundesministerium des Inneren/Bundesinnenministerium
BMJ	Bundesministerium der Justiz/Bundesjustizministerium
BND	Bundesnachrichtendienst
BPOL	Bundespolizei
BPOLG	Bundespolizeigesetz
BRat	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BReg	Bundesregierung
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BTag	Bundestag
BVA	Bundesverwaltungsamt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfSchG	Bundesverfassungsschutzgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
BZR	Bundeszentralregister
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
CILIP	Bürgerrechte & Polizei (Zeitschrift)
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
DANA	Datenschutznachrichten (Zeitschrift)
ders./dies.	derselbe/dieselbe
Diss	Dissertation
DIW	Wochenschrift des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Zeitschrift)
DNA	Deoxyribonucleic acid

DNS	Desoxyribonukleinsäure
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung (Zeitschrift)
Drucks.	Drucksache
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)
DV	Die Verwaltung (Zeitschrift)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DVR	Datenverarbeitung im Recht (Zeitschrift)
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaften
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
EU-RhÜbk	Europäisches Rechtshilfeübereinkommen
Europol	Gemeinsames Europäisches Polizeiamt
EuropolÜ	Übereinkommen zu Europol
EUV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Union
f./ff.	folgende/fortfolgende
FATF	Financial Action Task Force on Money Laundering
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung (Zeitschrift)
FBI	Federal Bureau of Investigation (FBI)
FG	Festgabe
FIU	Financial Intelligence Unit
FKS	Finanzkontrolle Schwarzarbeit
Fn	Fußnote
FoR	Forum Recht (Zeitschrift)
FS	Festschrift
G	Gesetz
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht (Zeitschrift)
GASIM	Gemeinsames Strategie- und Analysenzentrum Illegale Migration
GBA	Generalbundesanwalt
GFG	Gemeinsame Finanzermittlungsgruppe
GG	Grundgesetz
GIZ	Gemeinsames Internet Zentrum
GLZ	Gemeinsames Lagenzentrum See
GrS	Großer Senat

GSE	Grenzschatzeinzeldienst
GStA	Generalstaatsanwalt
GTAZ	Gemeinsames Terrorismus Abwehr Zentrum
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVGV0	Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung
GVRegG	Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung
GVVG	Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten
GVVO	Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung
h. A.	herrschende Ansicht
HK	Heidelberger Kommentar
h. M.	herrschende Meinung
HRRS	Höchstrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht (Zeitschrift)
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
HTTP	Hypertext Transfer Protocol
idF/i. d. F.	in der Fassung
idR/i. d. R.	In der Regel
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IGR	Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechts-extremistischer/terroristischer insbesondere fremdenfeindlicher Akte
IMK	Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder
IMSI	International Mobile Subscriber Identity
INPOL	Polizeiliches Informationssystem
Interpol	Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission
IP	Internet Protocol
IRC	Internet Relay Chat
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
iSd/i. S. d.	im Sinne der
ISP	Internet Service Provider
iSv/i. S. v.	im Sinne von
iVm/i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JVA	Justizvollzugsanstalt
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
KAN	Kriminalaktennachweis

KGIntTE	Koordinierungsgruppe Internationaler Terrorismus
KGT	Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung
KK	Karlsruher-Kommentar
KMR	Kleinknecht/Müller/Reitberger Kommentar
KPABrZ	Kriminalpolizeiamt für die britische Zone (Zonal Crime Record Bureau)
KritJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
KrWaffKontrG	Kriegswaffenkontrollgesetz
LG	Landgericht
LKA	Landeskriminalamt
LKÄ	Landeskriminalämter
LPresseG	Landespressegesetz
MAD	Militärischer Abschirmdienst
m. d. B.	mit der Bitte
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht (Zeitschrift)
MEK	Mobiles Einsatzkommando
MESTA	Mehrländer-Staatsanwalts-Automation
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
MMR	Multimedia und Recht (Zeitschrift)
MOG	Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisation und Direktzahlungen
MSZ	Maritimes Sicherheitszentrum
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n. F.	Neue Fassung
NIAS	Nachrichtendienstliche Informations- und Analysestelle
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NLFZ	Nationales Lage- und Führungszentrum für Sicherheit im Luftraum
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht Rechtssprechungs-Report (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
OK	Organisierte Kriminalität
OLG	Oberlandesgericht
OrgStA	Anordnung über Organisation und Dienstbetrieb der Staatsanwaltschaften (bundeseinheitlich)
PIAS	Polizeiliche Informations- und Analysestelle
PIOS	Personen, Institutionen, Objekte, Sachen

PJSZ	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit
PKK	Partiya Karkerên Kurdistan (Kurdische Arbeiterpartei)
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
PKS-S	Polizeiliche Kriminalstatistik-Staatsschutz
PMK	Politisch Motivierte Kriminalität
Pr	Preußen oder preußisch
PrStGB	Preußisches Strafgesetzbuch
Quellen-TKÜ	Quellen-Telekommunikationsüberwachung
RAF	Rote Armee Fraktion
RDV	Recht der Datenverarbeitung (Zeitschrift)
RG	Reichsgericht
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RiA	Recht im Amt (Zeitschrift)
Richtl.	Richtlinie
RiStBV	Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren
RiVSt	Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten
Rn.	Randnummer
RPflG	Rechtspflegengesetz
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
s.	siehe
S.	Seite
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
SG	Abteilung Sicherungsgruppe
SIRENE	Supplementary Information Request at the National Entry
SISY	länderübergreifendes staatsanwaltliches Verfahrensregister
SK	Systematischer Kommentar
SMD-St	Meldedienst Staatsschutzkriminalität
SOKO	Sonderkommision
SPUDOK	Spurendokumentationssystem
ST	Abteilung Staatsschutz
StA	Staatsanwaltschaft
Stasi	Ministerium für Staatssicherheit der DDR (umgangssprachlich)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidiger-Forum (Zeitschrift)
StRÄndG	Strafrechtsänderungsgesetz
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)

TE	Ermittlung und Auswertung Terrorismus
TKÜ	Telekommunikationsüberwachung
TKÜV	Telekommunikations-Überwachungsverordnung
TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme, Violence Internationale
U. m. A.	Urschriftlich mit Akten
URL	Uniform Ressource Locator
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
USBV	Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen
UZwG	Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes
v.	von/vom
VerfSch	Verfassungsschutz
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwV	Verwaltungsvorschrift
WaffG	Waffengesetz
wistra	Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht
www	World Wide Web
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (Zeitschrift)
ZARD	Zentralstelle für anlassunabhängige Recherchen in Daten-netzen
ZFÄ	Zollfahndungsämter
ZFD	Zollfahndungsdienst
ZFdG	Zollfahndungsdienstgesetz
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik (Zeitschrift)
ZKA	Zollkriminalamt
ZollVG	Zollverwaltungsgesetz
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Zeitschrift)
ZStV	Länderübergreifendes zentrales staatsanwaltliches Verfahrensregister
ZStVBetrV	Verordnung über den Betrieb des Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (Zeitschrift)



## A. Einleitung

Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus wird heutzutage als eines der Hauptprobleme der inneren Sicherheit nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten westlichen Welt angesehen. Die großen verheerenden Anschläge innerhalb des letzten Jahrzehnts, allen voran in New York, Madrid und London, waren Auslöser für Kriege wie in Afghanistan und im Irak, für eine Vielzahl gesetzgeberischer Maßnahmen und für gesellschaftliche Veränderungen gerade im Hinblick auf die islamische Welt.

### I. Einführung

Deutschland war glücklicherweise bisher noch nicht Schauplatz eines großen Anschlages internationaler Terroristen. Doch ist es aus Sicht vieler Politiker und sogenannter „Terrorismusexperten“ nur eine Frage der Zeit, bis es auch hier zu einem Anschlag kommen wird. Dafür spricht etwa, dass große Teile der Anschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in Deutschland vorbereitet wurden. Auch die fehlgeschlagenen Anschläge mit zwei Kofferbombern auf zwei Nahverkehrszüge im Juli 2006 und die Anschlagsvorbereitungen der sogenannten Sauerlandgruppe im Jahr 2006 und 2007 werden als Indiz dafür gewertet, dass Deutschland in den Fokus internationaler Terroristen gerückt ist.

Immer wenn es um größere Vorkommnisse im Zusammenhang mit strafrechtlich relevantem Verhalten von Personen im Phänomenbereich internationaler Terrorismus geht, werden die Medien berichten, „*dass das Bundeskriminalamt die Ermittlungen aufgenommen habe*“. Später heißt es dann, „*dass der Generalbundesanwalt Anklage erhoben hat*“. Im Bereich des internationalen Terrorismus gibt es auf Ebene der Strafverfolgung eine Besonderheit, die durch den Begriff des Staatschutzes gekennzeichnet wird. In solchen Fällen werden die strafrechtlichen Aufgaben nicht von Behörden des Landes, sondern von Behörden des Bundes wahrgenommen. Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt sind dabei – verkürzt dargestellt – die Konterparts von Generalstaatsanwaltschaft und Landeskriminalamt beziehungsweise Staatsanwaltschaft und Polizei auf Landesebene.

Diese Arbeit hat sich im Kern zum Ziel gesetzt, das Verhältnis von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt zu untersuchen. Die entscheidende Frage ist, in welchem Verhältnis diese beiden Protagonisten stehen,

wenn es um das Vorgehen gegen Bedrohungen des internationalen Terrorismus geht. Es stellt sich die Frage, ob diese beiden Behörden nebeneinander agieren, ob sie gleichberechtigt zusammenarbeiten oder in einem bestimmten Über- oder Unterordnungsverhältnis zueinander stehen.

Um diese Frage zu beantworten wird die Gesetzeslage analysiert und einer kritischen Würdigung unterzogen. Ebenso werden aktuelle Fälle aus dem Bereich des internationalen Terrorismus betrachtet und daraus Rückschlüsse gezogen, genauso wie die geschichtliche Entwicklung und historische Vorfälle betrachtet werden. Jedoch ist Zusammenarbeit mehr als das, was sich aus dem geschriebenen Wort entnehmen lässt. Die Besonderheit dieser Arbeit liegt nicht zuletzt darin, dass sie sich auf zwei Interviews stützen kann, die mit Personen aus den beteiligten Behörden geführt wurden. Im Jahr 2010 wurde jeweils ein Interview mit einem Bundesanwalt und einer Beamtin des Bundeskriminalamts abgehalten, um auch die ungeschriebenen Besonderheiten der Zusammenarbeitssituation zu beleuchten. Die autorisierten Interviewmanuskripte finden sich im Anhang und die gewonnenen Informationen bilden praktisch das gedankliche Grundgerüst dieser Arbeit.

## II. Gliederung

Besonderes Anliegen dieser Arbeit ist es auch, alle drei Begrifflichkeiten der Fragestellung (GBA, BKA und internationaler Terrorismus) umfassend aufzuarbeiten. Denn nur wenn die Grundlagen und Hintergründe der Materie vertraut sind, kann die komplexe Zusammenarbeitssituation ausreichend beleuchtet und verstanden werden.

Daher beginnt die Arbeit mit der Darstellung der Stellung, Funktion und den Aufgaben des Generalbundesanwalts (B. I.). Schon die Begrifflichkeit ist insoweit verwirrend. Denn das Gesetz verwendet den Begriff „Generalbundesanwalt“ sowohl in einem personalen, wie auch in einem institutionellen Sinn. Die Darstellung setzt sich hier mit der Institution „Der Generalbundesanwalt“, als Bezeichnung für die Staatsanwaltschaft beim Bundesgerichtshof, auseinander. Dabei liegt das Augenmerk jedoch allein auf der Stellung der GBA als Strafverfolgungsorgan in Staatsschutzsachen und nicht auf der Tätigkeit des GBA in Revisionsverfahren beim Bundesgerichtshof.

Der zweite Teil beschäftigt sich in identischer Weise mit der Stellung, Funktion und den Aufgaben des Bundeskriminalamts (B. II). Gerade das Bundeskriminalamt hat in den letzten Jahrzehnten und speziell Ende des letzten Jahrzehnts eine ganze Reihe an neuen Befugnissen erhalten, die ihm schon deshalb eine Sonderrolle im Bereich der inneren Sicherheit zuweisen und einer genaueren Betrachtung bedürfen.

Hinsichtlich beider Behörden ist es entscheidend deren jeweilige Besonderheiten herauszuarbeiten. Nicht zuletzt ist es dafür auch wichtig einen Blick auf die geschichtliche Entwicklung von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt, in den mittlerweile fast sechzig Jahren seit ihrem Bestehen, zu richten. Nur dadurch ist es möglich, sowohl die gesetzgeberischen Entwicklungen in neuester Zeit, wie auch die aktuellen Reformdiskussionen besser einzuordnen.

Der dritte Teil dieser Arbeit schließt die Grundlagen ab (C.). In diesem ist es das Ziel, in Grundzügen darzustellen, was unter internationalem Terrorismus zu verstehen ist und in welchen strafrechtlichen Erscheinungsformen sich dieser in Deutschland darstellt. Die Fragestellung dieser Arbeit ist ausdrücklich auf den Bereich des internationalen Terrorismus beschränkt. Dies nicht nur, weil der internationale Terrorismus speziell in den letzten elf Jahren ein extremes Bedrohungspotential entwickelt und dementsprechend eine häufige Medienpräsenz erhalten hat, die auch Einfluss auf die Gesetzgebung von Bund und Ländern nimmt. Vielmehr umgibt den Bereich der Strafverfolgung im Bereich des internationalen Terrorismus trotz dieser Faktoren immer noch der Hauch des Geheimen und Verborgenen, wengleich es sich hierbei um Strafverfahren handelt, deren Grundlagen und Ausgestaltung gesetzlich vorgeschrieben sind und daher eigentlich alles andere als intransparent und geheimnisvoll ausgestaltet sein sollten.

Gleichzeitig ist der Bereich des internationalen Terrorismus auch deshalb interessant, weil er in strafrechtlicher Hinsicht eine Vielzahl von Besonderheiten bietet. Etwa im materiellen Strafrecht gibt es eine Reihe von Normen, die speziell auf die Bedrohungen des nationalen Terrorismus wie zum Beispiel durch die Rote Armee Fraktion, aber nun auch auf die Gefahren durch den internationalen Terrorismus ausgerichtet sind. Gleichzeitig bergen diese Normen jedoch eine Vielzahl von rechtlichen Problemstellungen, die die Aufgaben von Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt zusätzlich erschweren. Daneben weist auch das Strafprozessrecht in sogenannten „Terrorismungsverfahren“ eine Reihe von Regelungen auf, die diese von normalen Verfahren unterscheiden, wobei die Durchführung der Hauptverhandlung in streng bewachten und polizeilich abgeschirmten Oberlandesgerichten bzw. in speziellen Gebäuden auf dem Gelände von Hochsicherheitsgefängnissen, vielleicht nur der optisch auffälligste Aspekt ist. Schlussendlich bietet der Bereich des internationalen Terrorismus selbst eine ganze Reihe von Besonderheiten gerade im Hinblick auf den momentan besonders aktiven islamistisch geprägten Terrorismus, der durch Schlagwörter wie den „globalen Jihad“, den angeblich heiligen Krieg, gekennzeichnet ist.

Wenn damit in den ersten zwei Teilen also die Grundlagen dieser Arbeit, die beiden Hauptprotagonisten und das Einsatzfeld dargestellt und erläutert